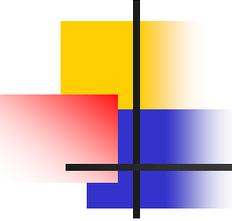




Mehr Demokratie wagen? Die Krise der Parteiendemokratie und mögliche Reformen

Vortrag von Prof Dr. Lars Holtkamp
Lehrgebiet „Politik und Verwaltung“
FernUniversität Hagen



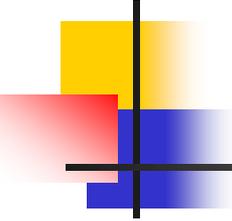
Krise der Parteiendemokratie?

Position der politikwissenschaftlichen Parteienforschung

Kein Grund für „Alarmismus“. Bereits in den 1980er Jahren konnte man „zehn als gravierend empfundene Parteikrisen“ (von Alemann 2010:231) registrieren, während die Parteien immer gut überlebt haben.

Ein Reformbedarf der Parteiendemokratie wird auch deshalb nicht gesehen, weil es keine zunehmende Parteienverdrossenheit gebe (von Beyme 2014: 23; Niedermayer 2013: 55).

Vielmehr sei die Parteienverdrossenheit ein „Märchen“ (Niedermayer 2012)



Krise der Parteiendemokratie?

Kritische Stimmen in der Verwaltungswissenschaft:

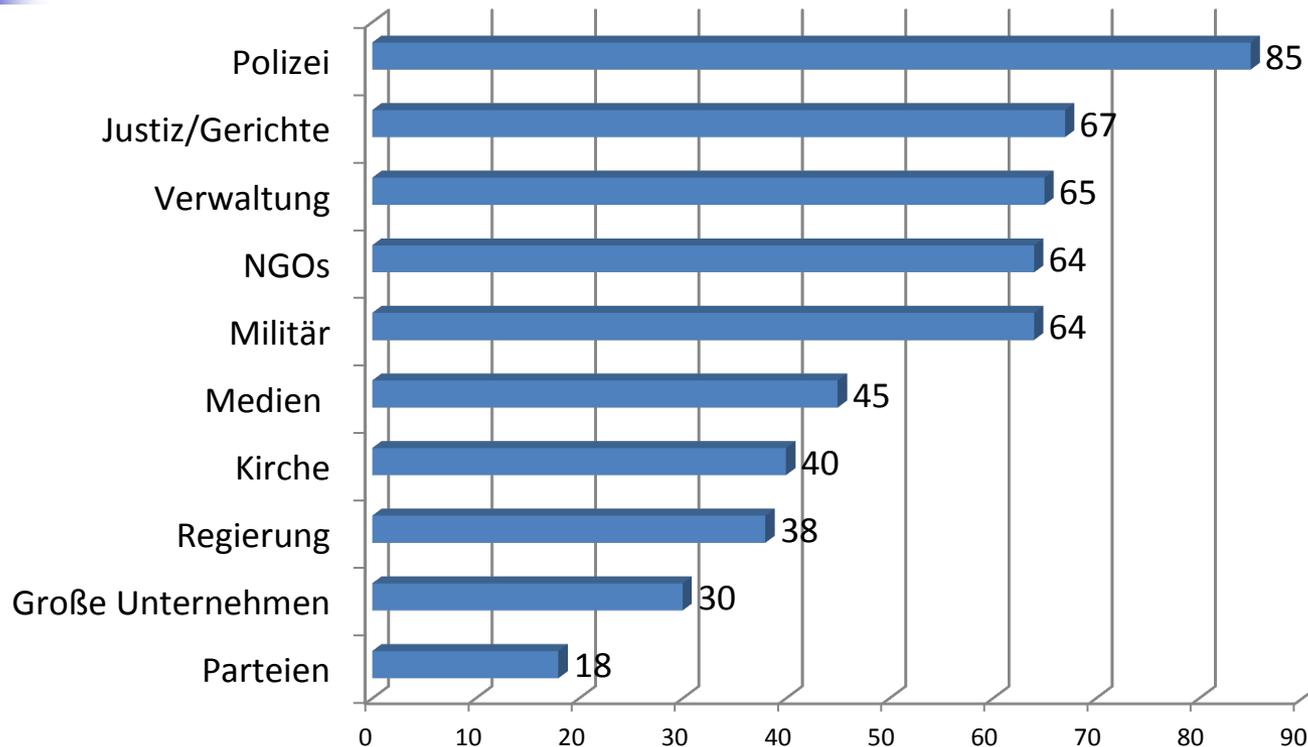
„Viel spricht dafür, dass in dem krassen Missverhältnis von Funktionsverlust und Privilegienausweitung der Parteien wesentliche Ursachen für die Verdrossenheit der Bürger liegen“ (von Arnim 2011: 75).

Parteien haben keine Vermittlerfunktion zwischen Gesellschaft und Staat, sondern haben ihre gesellschaftlichen Wurzeln verloren und finanzieren sich als Staatsparteien im Kartell.

Um das Kartell auszuhebeln, werden direktdemokratische Reformen (Volksentscheide, Direktwahl der Ministerpräsidenten) nach Vorbild der süddeutschen Kommunalverfassung verschrieben (von Arnim 2017)

Krise der Parteiendemokratie

Vertrauen in deutsche Institutionen 2017



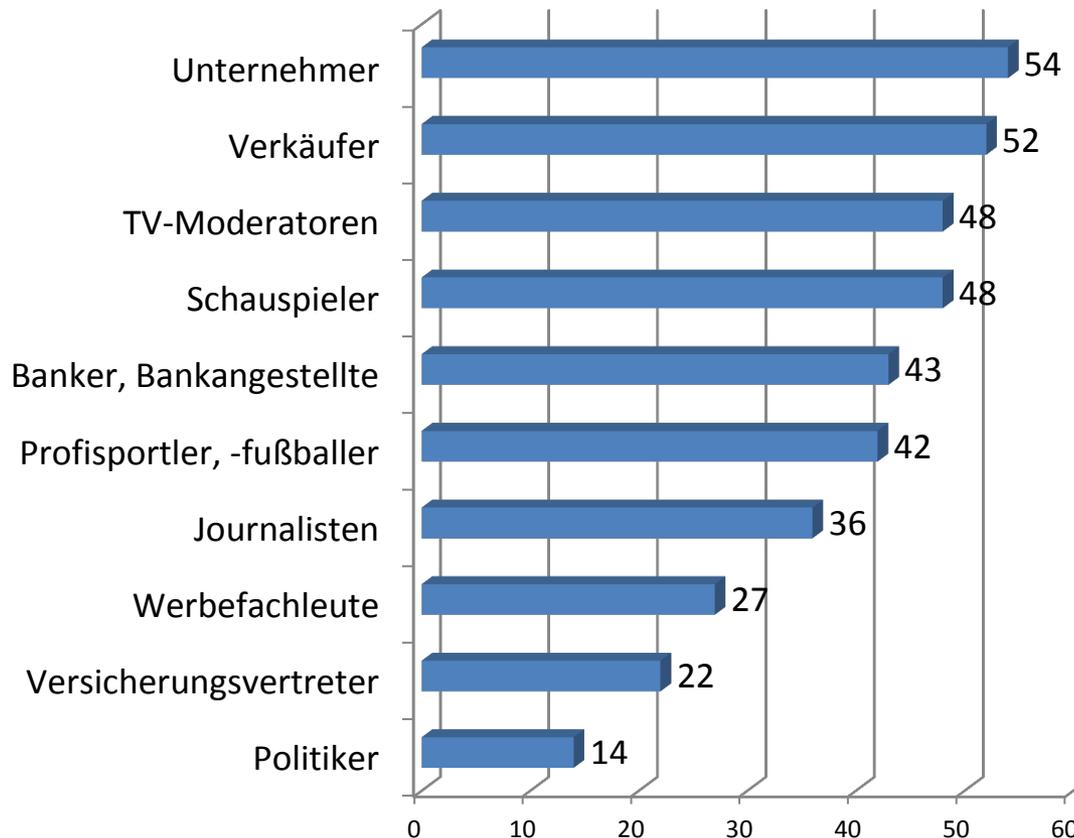
Global Trust
Report 2017

„Geradezu erschreckend muss es aber letztlich erscheinen, dass das Vertrauen in die politischen Parteien nach übereinstimmenden Ergebnissen zahlreicher Befragungen dramatisch abgesunken ist“ (Klages 2017: 8 gegen von Alemann)
Die verbreitete Parteienverdrossenheit ist „unstrittig“ (Klages 2017: 8)

Krise der Parteiendemokratie

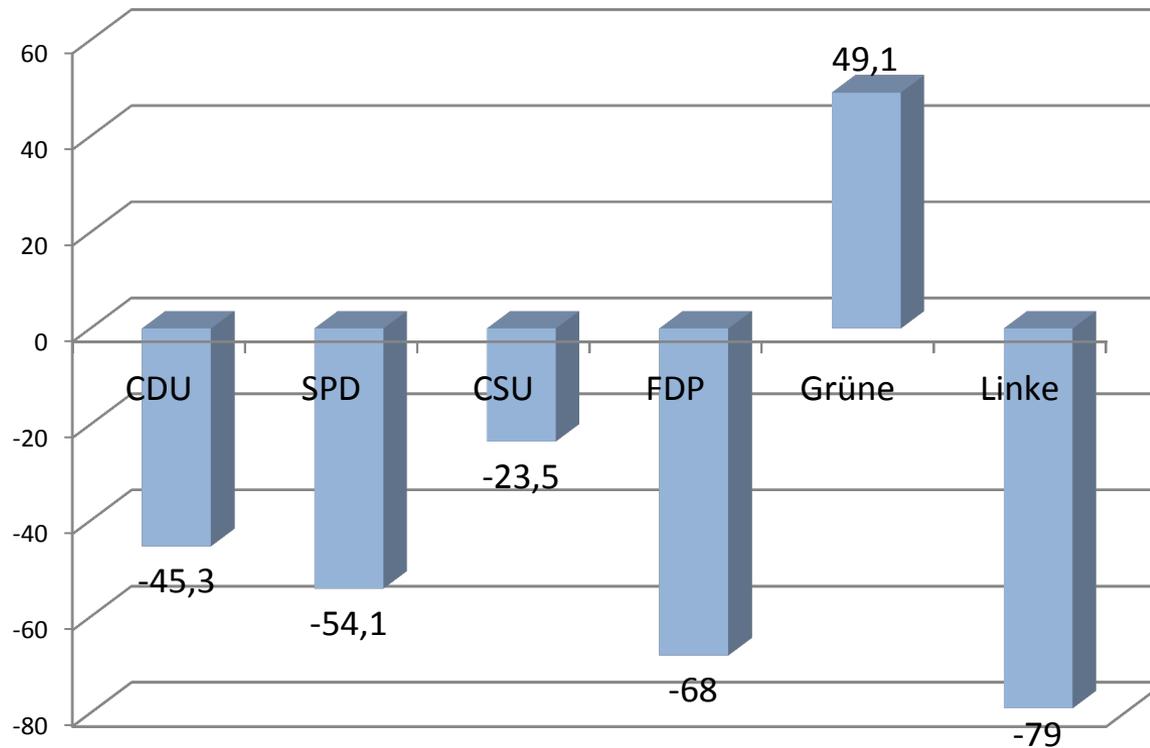
Vertrauen in deutsche Berufe 2016

Bottom 10 in Prozent



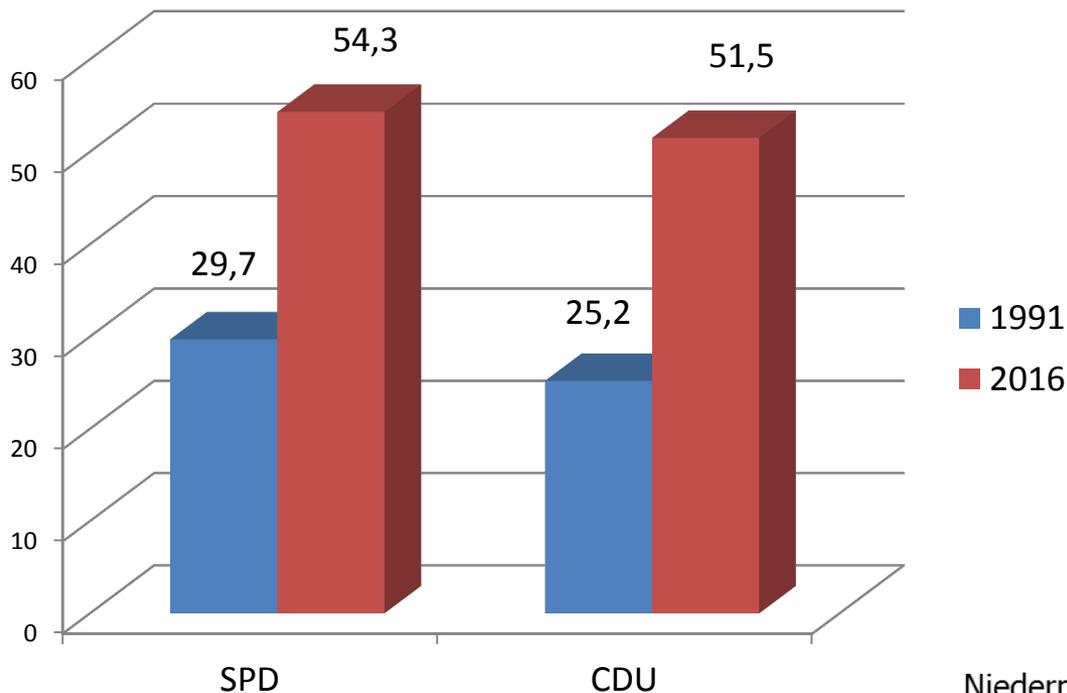
Krise der Parteiendemokratie

Mitgliederverluste zwischen 1990-2016 in %



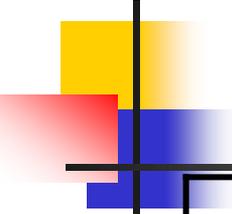
Niedermayer 2017

Überalterung: Parteimitglieder über 60 Jahre in %



Niedermayer 2017

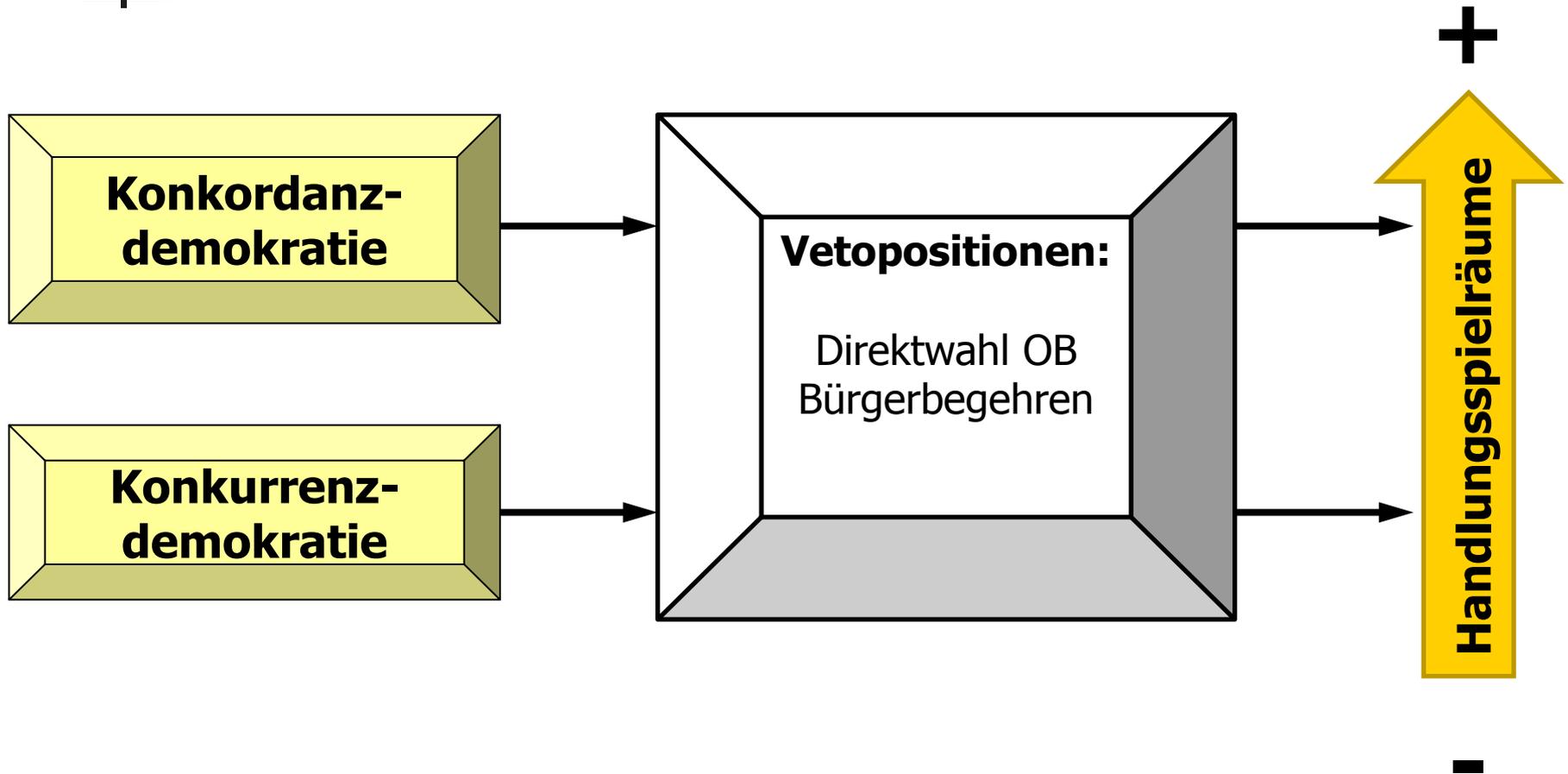
Rechnet man die Mitgliederverluste allein durch zu erwartende Todesfälle bei Berücksichtigung der aktuellen Beitritte hoch, ist bis 2040 ein weiterer Rückgang der SPD- und CDU Mitgliedschaft von 60 % zu erwarten (Decker et al. 2014: 5) Dann werden wahrscheinlich WGs ihre Aufgaben in der Fläche mitübernehmen

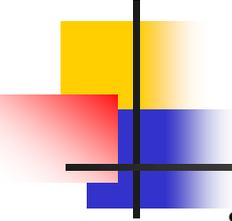


Kommunale Reformen als Vorbild? Kommunale Konkordanz und Konkurrenz

<i>Konkurrenz (eher NRW)</i>	<i>Konkordanz (eher BW)</i>
Mehrheitsregel	Einstimmigkeitsregel
Ausgeprägte Fraktionsdisziplin	Geringere Fraktionsdisziplin
Schwächerer OB	Stärker OB

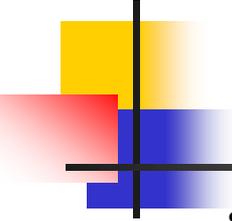
Zusammenspiel von Konkurrenzdemokratie und Veto





Ergebnisse der 16 Fallstudien im DFG Projekt „Ursachen kommunaler Haushaltsdefizite“

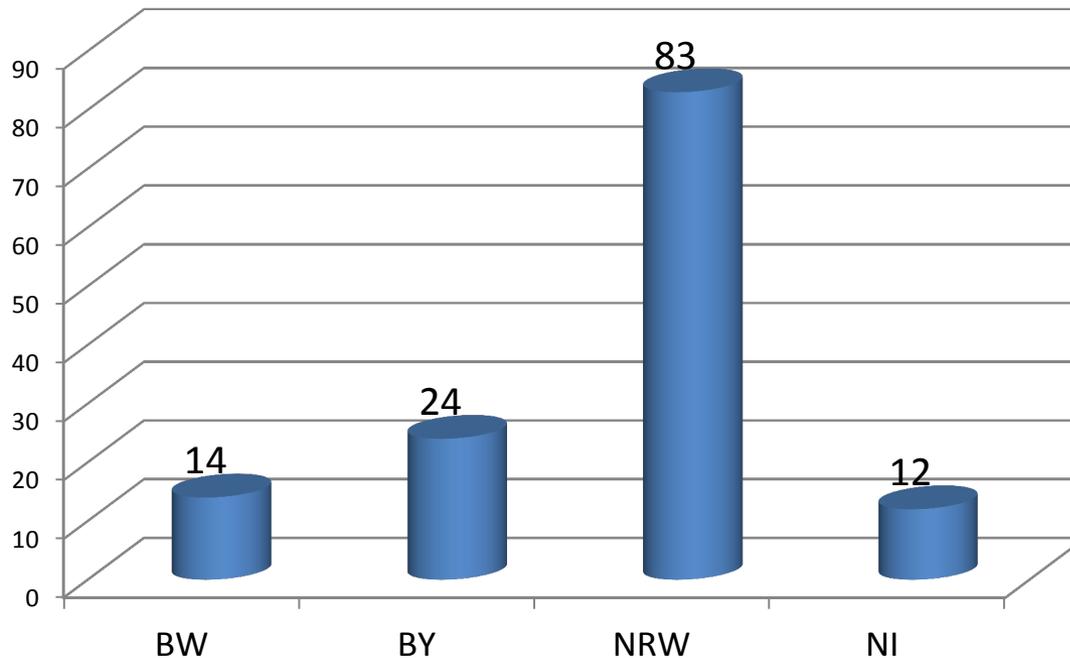
- In den **konkordanzdemokratischen** Kommunen in **BW** und **Sachsen** zeigt sich, dass die Bürgermeister und Kämmerer eine meist herausgehobene Position haben
- frühzeitige und harte Eingriffe auf erste Anzeichen einer Haushaltskrise und damit Kassenkredite im Griff.
- Haushaltskommissionen mit konsensualen Beschlüssen
- Keine Blockaden bei gegenläufigen Mehrheiten auch wg. geringer Fraktionsdisziplin
- In **konkurrenzdemokratischen** Städten in **NRW** klare Trennung in Oppositions- und Regierungsfractionen
- kein Konsens in Haushaltskommissionen
- Ausgeprägte Blockaden bei gegenläufigen Mehrheiten (fast chronisch späte Haushaltsverabschiedung)



Ergebnisse des Thyssen-Projekt zu „Konkurrenz- und Direktdemokratie“

- In den **konkordanzdemokratischen** Kommunen wenden sich die Bürgerbegehren gegen den Bürgermeister; Parteien bleiben meistens neutral; insgesamt wenig Bürgerbegehren und wenig Vorwirkungen
- In den **konkurrenzdemokratischen** Kommunen werden Bürgerbegehren als Waffe der Opposition gegen die Mehrheitsfraktionen genutzt; viele Bürgerbegehren, starke Vorwirkungen durch Verzicht auf Veränderung des Status Quo

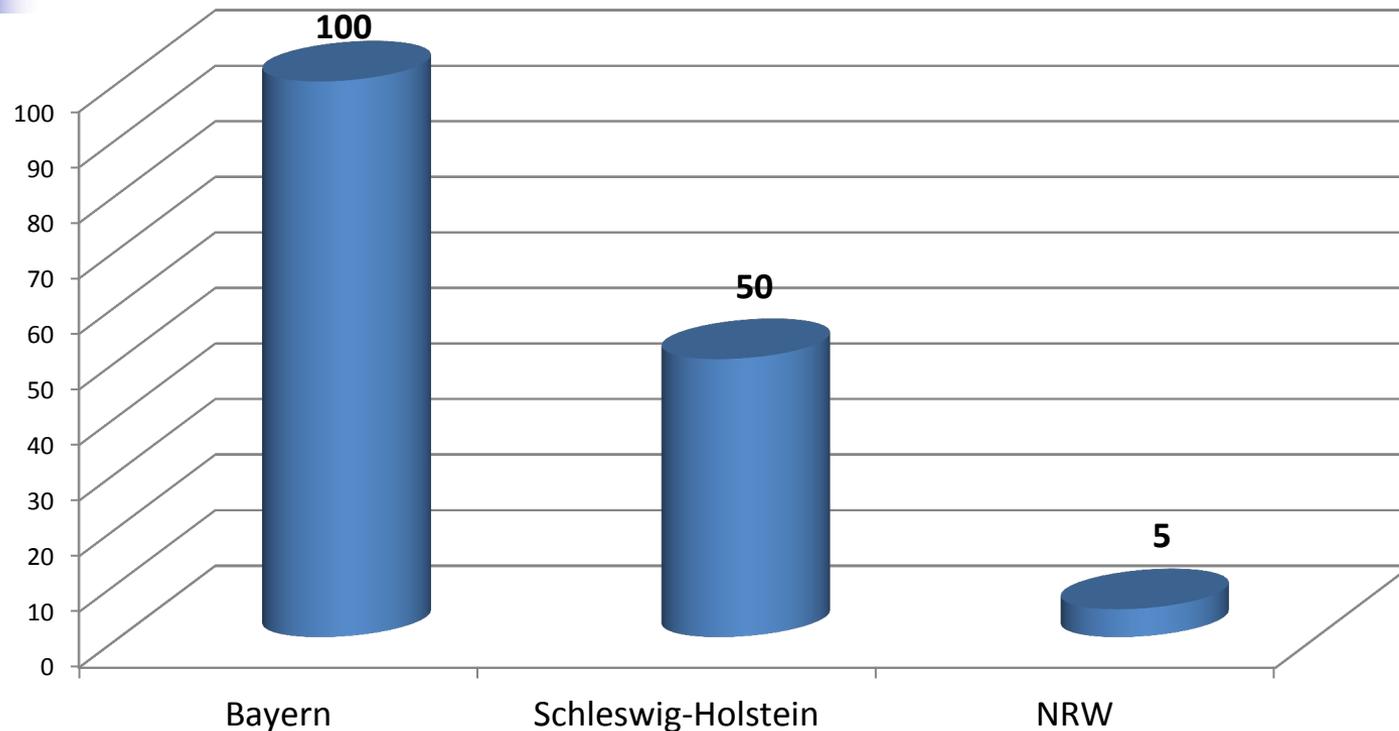
Bürgerbegehren gegen Schließungen als Konsolidierungsmaßnahme 2010-2013



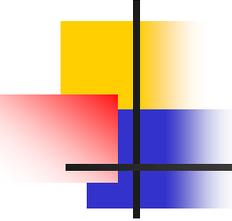
NRW –Spitzenreiter; in jeder 5 Kommune in NRW ein Begehren gegen Schließung

Nimby und Energiewende

Bürgerbegehren zu Windenergie bis 2011



In Bayern und SH waren Begehren zu EE bzw. Bebauungsplanung erlaubt
In NRW erst jetzt; Insgesamt 70% gegen und 21% für EE; (Geißler 2013 Diss)
In Bayern haben Regionen mit BE gegen EE danach weniger EE Zulassungen
(Rode Diss 2014)



Fazit

- Die Parteiendemokratie steht vor großen Problemen, die von der Parteienforschung heruntergespielt werden.
- Forderungen nach Direktwahl Minister- und Bundespräsidenten und Ausweitung von Volksentscheiden sind in diesen Konkurrenzdemokratien bei bereits hoher Vetospielerdichte schwierig und würden Blockaden weiter forcieren.
- Parteiendemokratie ist reformbedürftig, aber viele Reformvorschläge bringen mehr Probleme als sie lösen.
- Kontextabhängigkeit von Reformen (z. B. Schweiz)